

## **EU-weite Ausschreibung nach VOB Offenes Verfahren**

### **Vertragspartei und Dienstleister**

#### **Beschaffer:**

Offizielle Bezeichnung: Landkreis Anhalt-Bitterfeld  
Identifikationsnummer: keine  
Internet-Adresse (URL): <https://www.anhalt-bitter...>  
Postanschrift: Am Flugplatz 1  
Postleitzahl / Ort: 06366 Köthen (Anhalt)  
NUTS-3-Code: DEE05  
Land: Deutschland  
Kontaktstelle: Vergabestelle  
E-Mail: [claudia.neustaedt@anhalt-bitterfeld.de](mailto:claudia.neustaedt@anhalt-bitterfeld.de)  
Telefon: +49 3496601196  
Fax: +49 3496601193

Art des öffentlichen Auftraggebers: Kommunalbehörden

Haupttätigkeiten des öffentlichen Auftraggebers: Allgemeine öffentliche Verwaltung

Beschafferprofil (URL): <http://www.sachsen-anhalt...>

Federführendes Mitglied: Ja

Zentrale Beschaffungsstelle, die öffentliche Aufträge oder Rahmenvereinbarungen im Zusammenhang mit für andere Beschaffer bestimmten Bauleistungen, Lieferungen oder Dienstleistungen vergibt/abschließt: Nein

Zentrale Beschaffungsstelle, die für andere Beschaffer bestimmte Lieferungen und/oder Dienstleistungen erwirbt: Nein

#### **Verfahren**

Zweck:

Rechtsgrundlage: Richtlinie 2014/24/EU

Beschreibung:

**Interne Kennung: O/VgV/68/141-24/ne**

**Titel: Neubau einer integrierten Leitstelle - Los 19 Aufzug**

Beschreibung: Los 19 Aufzug

Art des Auftrags: Bauleistung

Umfang der Auftragsvergabe:

Hauptklassifizierung (CPV-Code):

CPV-Code Hauptteil: 45313000-4

Weitere CPV-Code Hauptteile: 45313100-5

Angaben zum Erfüllungsort:

Postanschrift: Richard-Schütze-Str. 4

Postleitzahl / Ort: 06749 Bitterfeld -Wolfen

NUTS-3-Code: DEE05

Land: Deutschland

#### **Bedingungen für die Einreichung eines Angebots:**

Ausschlussgründe:

Grund: Mit Insolvenz vergleichbares Verfahren (Konkurs nach nationalem Recht)

Beschreibung: Es gelten die gesetzlichen Vorgaben bzgl. der zwingenden und fakultativen Ausschlussgründe nach 123 bis 126 GWB. Weiterhin wird auf die Ausführung im FB 124 LD verwiesen.

Grund: Bestechlichkeit, Vorteilsgewährung und Bestechung  
Beschreibung: Es gelten die gesetzlichen Vorgaben bzgl. der zwingenden und fakultativen Ausschlussgründe nach 123 bis 126 GWB. Weiterhin wird auf die Ausführung im FB 124 LD verwiesen.

Grund: Bildung krimineller Vereinigungen

Beschreibung: Es gelten die gesetzlichen Vorgaben bzgl. der zwingenden und fakultativen Ausschlussgründe nach 123 bis 126 GWB. Weiterhin wird auf die Ausführung im FB 124 LD verwiesen.

Grund: Wettbewerbsbeschränkende Vereinbarungen

Beschreibung: Es gelten die gesetzlichen Vorgaben bzgl. der zwingenden und fakultativen Ausschlussgründe nach 123 bis 126 GWB. Weiterhin wird auf die Ausführung im FB 124 LD verwiesen.

Grund: Verstöße gegen umweltrechtliche Verpflichtungen

Beschreibung: Es gelten die gesetzlichen Vorgaben bzgl. der zwingenden und fakultativen Ausschlussgründe nach 123 bis 126 GWB. Weiterhin wird auf die Ausführung im FB 124 LD verwiesen.

Grund: Geldwäsche oder Terrorismusfinanzierung

Beschreibung: Es gelten die gesetzlichen Vorgaben bzgl. der zwingenden und fakultativen Ausschlussgründe nach 123 bis 126 GWB. Weiterhin wird auf die Ausführung im FB 124 LD verwiesen.

Grund: Betrug oder Subventionsbetrug

Beschreibung: Es gelten die gesetzlichen Vorgaben bzgl. der zwingenden und fakultativen Ausschlussgründe nach 123 bis 126 GWB. Weiterhin wird auf die Ausführung im FB 124 LD verwiesen.

Grund: Menschenhandel, Zwangsprostitution, Zwangsarbeit oder Ausbeutung

Beschreibung: Es gelten die gesetzlichen Vorgaben bzgl. der zwingenden und fakultativen Ausschlussgründe nach 123 bis 126 GWB. Weiterhin wird auf die Ausführung im FB 124 LD verwiesen.

Grund: Zahlungsunfähigkeit

Beschreibung: Es gelten die gesetzlichen Vorgaben bzgl. der zwingenden und fakultativen Ausschlussgründe nach 123 bis 126 GWB. Weiterhin wird auf die Ausführung im FB 124 LD verwiesen.

Grund: Verstöße gegen arbeitsrechtliche Verpflichtungen

Beschreibung: Es gelten die gesetzlichen Vorgaben bzgl. der zwingenden und fakultativen Ausschlussgründe nach 123 bis 126 GWB. Weiterhin wird auf die Ausführung im FB 124 LD verwiesen.

Grund: Insolvenz (Verwaltung durch einen Insolvenzverwalter)

Beschreibung: Es gelten die gesetzlichen Vorgaben bzgl. der zwingenden und fakultativen Ausschlussgründe nach 123 bis 126 GWB. Weiterhin wird auf die Ausführung im FB 124 LD verwiesen.

Grund: Täuschung oder unzulässige Beeinflussung des Vergabeverfahrens

Beschreibung: Es gelten die gesetzlichen Vorgaben bzgl. der zwingenden und fakultativen Ausschlussgründe nach 123 bis 126 GWB. Weiterhin wird auf die Ausführung im FB 124 LD verwiesen.

Grund: Interessenkonflikt

Beschreibung: Es gelten die gesetzlichen Vorgaben bzgl. der zwingenden und fakultativen Ausschlussgründe nach 123 bis 126 GWB. Weiterhin wird auf die Ausführung im FB 124 LD verwiesen.

Grund: Wettbewerbsverzerrung wegen Vorbefassung

Beschreibung: Es gelten die gesetzlichen Vorgaben bzgl. der zwingenden und fakultativen Ausschlussgründe nach 123 bis 126 GWB. Weiterhin wird auf die Ausführung im FB 124 LD verwiesen.

Grund: Schwere Verfehlung

Beschreibung: Es gelten die gesetzlichen Vorgaben bzgl. der

zwingenden und fakultativen Ausschlussgründe nach 123 bis 126 GWB. Weiterhin wird auf die Ausführung im FB 124 LD verwiesen.

Grund: Mangelhafte Erfüllung eines früheren öffentlichen Auftrags

Beschreibung: Es gelten die gesetzlichen Vorgaben bzgl. der zwingenden und fakultativen Ausschlussgründe nach 123 bis 126 GWB. Weiterhin wird auf die Ausführung im FB 124 LD verwiesen.

Grund: Verstöße gegen sozialrechtliche Verpflichtungen

Beschreibung: Es gelten die gesetzlichen Vorgaben bzgl. der zwingenden und fakultativen Ausschlussgründe nach 123 bis 126 GWB. Weiterhin wird auf die Ausführung im FB 124 LD verwiesen.

Grund: Verstöße gegen Verpflichtungen zur Zahlung von Sozialversicherungsbeiträgen

Beschreibung: Es gelten die gesetzlichen Vorgaben bzgl. der zwingenden und fakultativen Ausschlussgründe nach 123 bis 126 GWB. Weiterhin wird auf die Ausführung im FB 124 LD verwiesen.

Grund: Einstellung der beruflichen Tätigkeit

Beschreibung: Es gelten die gesetzlichen Vorgaben bzgl. der zwingenden und fakultativen Ausschlussgründe nach 123 bis 126 GWB. Weiterhin wird auf die Ausführung im FB 124 LD verwiesen.

Grund: Verstöße gegen Verpflichtungen zur Zahlung von Steuern oder Abgaben

Beschreibung: Es gelten die gesetzlichen Vorgaben bzgl. der zwingenden und fakultativen Ausschlussgründe nach 123 bis 126 GWB. Weiterhin wird auf die Ausführung im FB 124 LD verwiesen.

Grund: Bildung terroristischer Vereinigungen

Beschreibung: Es gelten die gesetzlichen Vorgaben bzgl. der zwingenden und fakultativen Ausschlussgründe nach 123 bis 126 GWB. Weiterhin wird auf die Ausführung im FB 124 LD verwiesen.

Grenzübergreifende Rechtsvorschriften:

#### **Verfahren:**

Verfahrensart: Offenes Verfahren (Beschleunigtes Verfahren)

Begründung des beschleunigten Verfahrens: Für den Neubau eines Leitstellengebäudes im Landkreis Anhalt-Bitterfeld wurde zur

Verkürzung der Angebotsfrist eine Vorinformation im Amtsblatt der Europäischen Union unter der Bekanntmachungsnummer 765963-2023 veröffentlicht.

Zusätzliche Informationen:

Zusätzliche Informationen: Anlagen, die soweit erforderlich, ausgefüllt mit dem Angebot einzureichen sind:

- 235 Verzeichnis\_Unternehmerleistungen
- 234 Erklärung Bieter-/Arbeitsgemeinschaft
- Eigenerklärung Tariftreue Elektrohandwerk
- Eigenerklärung Nachunternehmer TVergG
- Anlage zum BMWK-Rundschreiben vom 14.04.2022
- 124 LD Eigenerklärung

Es sind Erklärungen im Sinne des Tariftreue- und Vergabegesetz Sachsen-Anhalt mit dem Angebot vorzulegen. Die rechtlichen, wirtschaftlichen, finanziellen und technischen Angaben des Bieters können im Rahmen eines Präqualifikationsverzeichnis oder Eigenerklärungen gem. Formblatt 124 LD (Eigenerklärungen zur Eignung) oder anhand der Einheitlichen Europäischen Eigenerklärung (EEE) abgegeben werden.

Gelangt das Angebot eines nicht präqualifizierten Bieters in die engere Wahl, sind ggf. die im Formblatt 124 LD angegebenen Bescheinigungen auf gesondertes Verlangen vorzulegen. Das Formblatt 124 LD VHB Eigenerklärung zur Eignung ist Bestandteil der Vergabeunterlagen. Beruft sich der Bieter zur Erfüllung des Auftrages auf die Fähigkeiten anderer Unternehmen, ist die jeweilige

Nummer im Präqualifikationsverzeichnis anzugeben oder es sind die Erklärungen und Bescheinigungen gemäß dem Formblatt 124 LD auch für diese anderen Unternehmen auf Verlangen vorzulegen. Der Auftraggeber wird für den Bieter, der den Zuschlag erhalten soll, einen Auszug aus dem Gewerbezentralregister (§ 150a Gewerbeordnung) beim Bundeszentralregister anfordern. Ausländische Bieter haben gleichwertige Bescheinigungen Ihres Herkunftslandes vorzulegen. Anlagen, die ausgefüllt (auf gesondertes Verlangen der Vergabestelle) einzureichen sind:

- 236 Verpflichtungserklärung anderer Unternehmen
- Konformitätserklärung inkl. Bemusterung der Komponenten
- Nachweis über die Zertifizierung nach ISO 14001:2015
- Nachweis über die Zertifizierung nach ISO 9001:2015
- Nachweis über die Zertifizierung nach ISO 45001:2018
- Nachweis über die Zertifizierung nach DIN EN 13015
- Nachweis über die Zertifizierung nach §6 Abs. 3 AwSV

Hinweis gemäß § 14 TVergG LSA

Nachunternehmen sind gemäß § 14 Abs. 1 TVergG LSA bei Angebotsabgabe schriftlich zu benennen. Gemäß § 14 Abs. 2 TVergG LSA werden Öffentliche Aufträge nur an Bieter vergeben, die schriftlich oder elektronisch erklären, dass eine Beauftragung von Nachunternehmern oder Verleihern nur erfolgt, wenn diese ihren Arbeitnehmern mindestens die Arbeitsbedingungen gewähren, die der Bieter selbst einzuhalten verspricht. Der Bieter hat die schriftliche Übertragung der Verpflichtung und ihre Einhaltung durch die beteiligten Nachunternehmer oder Verleiher sicherzustellen und dem öffentlichen Auftraggeber auf Verlangen nachzuweisen.

Mit der Abgabe des Angebotes unterliegt der Bieter den Bestimmungen über nichtberücksichtigte Angebote (§ 19 Absatz 1 VOB/A EU bzw. § 134 Absatz 1 GWB). Es gilt deutsches Recht.

Seit 01.03.2023 gilt in Sachsen-Anhalt das Tariftreue- und Vergabegesetz. Mit der Abgabe eines Angebotes sind die entsprechenden Bestimmungen Bestandteil der hier betreffenden Maßnahmen.

Abweichende Liefer-, Vertrags- und Zahlungsbedingungen eines Bieters sowohl als allgemeine Geschäftsbedingungen als auch in Form einzelfallbezogener Vertragsbedingungen werden nicht Vertragsbestandteil.

Es wird darauf hingewiesen, dass das Verfahren vor der Vergabekammer für die unterliegende Partei kostenpflichtig ist.

Die Zuschlagserteilung ist möglich 10 Kalendertage nach Absendung der Bekanntgabe der Vergabeentscheidung per Fax oder per E-Mail bzw. 15 Kalendertage nach Absendung der Bekanntgabe der Vergabeentscheidung per Post (§ 134 Abs. 2 GWB). Die Zulässigkeit eines Nachprüfungsantrags setzt ferner voraus, dass die geltend gemachten Vergabeverstöße innerhalb von 10 Kalendertagen nach Kenntnis bzw. - soweit die Vergabeverstöße aus der Bekanntmachung oder den Vergabeunterlagen erkennbar sind - bis zum Ablauf der Teilnahme- bzw. Angebotsfrist gerügt wurden (§ 160 Abs. 3 S. 1 Nr. 1 - 3 GWB). Ein Nachprüfungsantrag ist ebenfalls unzulässig, soweit mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind (§ 160 Abs. 3 S. 1 Nr. 4 GWB). Des Weiteren wird auf die in § 135 Abs. 2 GWB genannten Fristen verwiesen.

Bietergemeinschaften sind in diesem Verfahren zugelassen. Mit Angebotsabgabe hat der Bieter die Gründe für die Eingehung einer Bietergemeinschaft auf einer gesonderten Anlage darzulegen. Dies dient zur Überprüfung der kartellrechtlichen Zulässigkeit der Bietergemeinschaft.

Das Angebot ist zusammen mit den Anlagen bis zum Ablauf der Angebotsfrist elektronisch über die Vergabepattform zu übermitteln.

### **Beschaffungsinformationen (allgemein)**

#### **Vergabeverfahren:**

Frühere Bekanntmachung zu diesem Verfahren (Vorinformation, ):

Kennung der vorherigen Bekanntmachung: 765963-2023

Bedingungen der Auktion:

Es wird eine elektronische Auktion durchgeführt: Nein

Auftragsvergabeverfahren:

Rahmenvereinbarung geschlossen: Keine Rahmenvereinbarung

Angaben zum dynamischen Beschaffungssystem: Kein dynamisches Beschaffungssystem  
Bedingungen für die Einreichung eines Angebots:

### **Eignungskriterien:**

#### Eignung zur Berufsausübung

Beschreibung:

- Gewerbeanmeldung, Handelsregisterauszug und Eintragung in der Handwerksrolle bzw. bei der Industrie- und Handelskammer

Bewerber mit Sitz im Ausland müssen mit dem Angebot die Erlaubnis der Berufsausübung im Staat ihrer Niederlassung nachweisen, soweit hierfür ein im Anhang XI der Richtlinie 2014/24/EU des Europäischen Parlaments und des Rates aufgeführte Registereintragung einschlägig ist; bei Bewerbergemeinschaften gilt dies für jedes Mitglied.

#### Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

Beschreibung:

- Umsatz des Unternehmens in den letzten 3 abgeschlossenen Geschäftsjahren (2021 - 2023);

Eigenerklärung ist ausreichend!

- Unbedenklichkeitsbescheinigung der tariflichen Sozialkasse (soweit Betrieb beitragspflichtig ist)

- Unbedenklichkeitsbescheinigung des Finanzamtes bzw. Bescheinigung in Steuersachen (soweit das Finanzamt derartige Bescheinigungen ausstellt; nicht älter als 1 Jahr)

- Freistellungsbescheinigung nach § 48b EStG

- qualifizierte Unbedenklichkeitsbescheinigung der Berufsgenossenschaft des zuständigen Versicherungsträgers mit Angabe der Lohnsummen (nicht älter als 1 Jahr)

- rechtskräftig bestätigter Insolvenzplan (falls eine Erklärung über das Vorliegen eines solchen Insolvenzplanes angegeben wurde)

- Angabe, dass keine schweren Verfehlungen hinsichtlich der Zuverlässigkeit vorliegen

- Angabe, ob Liquidation vorliegt

#### Technische und berufliche Leistungsfähigkeit

Beschreibung:

- für 3 Referenzen je eine vergleichbare Referenzbescheinigung (siehe Formblatt 444) mit mindestens folgenden Angaben:

- Ansprechpartner

- Art der ausgeführten Leistung

- Auftragssumme

- Ausführungszeitraum

- stichwortartige Benennung des mit eigenem Personal ausgeführten maßgeblichen Leistungsumfanges einschl. Angabe der ausgeführten Mengen

- Zahl der hierfür durchschnittlich eingesetzten Arbeitnehmer

- ggf. stichwortartige Beschreibung der besonderen technischen und gerätespezifischen Anforderungen (bei Komplettleistung) Kurzbeschreibung der Baumaßnahme einschließlich eventueller Besonderheiten der Ausführung

- Angabe zur Art der Baumaßnahme (Neubau, Umbau, Denkmal)

- Angabe zur vertraglichen Bindung (Hauptauftragnehmer, ARGE- Partner, Nachunternehmer)

- ggf. Angabe der Gewerke, die mit eigenem Leitungspersonal koordiniert wurden

- Bestätigung des Auftraggebers über die vertragsgemäße Ausführung der Leistung

Diese Referenzen müssen Leistungen der letzten 5 abgeschlossenen Kalenderjahre (2019 - 2023) enthalten, welche mit der zu vergebenen Leistung vergleichbar sind.

- Angabe der Zahl der in den letzten 3 abgeschlossenen Kalenderjahren jahresdurchschnittlich beschäftigten Arbeitskräfte gegliedert nach Lohngruppen mit extra ausgewiesenem Leitungspersonal (2021-2023)

Weitere Bedingungen zur Qualifizierung:

Nachforderung von Unterlagen: Eine Nachforderung von Unterlagen nach Fristablauf ist nicht ausgeschlossen.

Zusätzliche Informationen: Nachforderung erfolgen gemäß VOB/A EU und TVergG

Vorbehaltene Auftragsvergabe:

Die Teilnahme ist geschützten Werkstätten und Wirtschaftsteilnehmern, die auf die soziale und berufliche Integration von Menschen mit Behinderungen oder benachteiligten Personen abzielen,

vorbehalten: Nein

Nebenangebote:

Nebenangebote sind zulässig: Ja

Regelmäßig wiederkehrende Leistungen:

Auftrag über regelmäßig wiederkehrende Leistungen: Nein

Die Bieter können mehrere Angebote einreichen: Ja

Anforderungen für die Ausführung des Auftrags:

Reservierte Vertragsdurchführung:

Die Auftragsausführung ist bestimmten Auftragnehmern vorbehalten: Nein

#### **Leistungsbedingungen:**

Bedingungen für die Ausführung des Auftrags: Spätestens 14 Werktage nach Zugang des Auftragschreibens ist die Bauberatung einzuplanen. Ein Termin für die Bauberatung wird telefonisch oder per E-Mail mit Ihnen vereinbart.

#### **Elektronische Rechnungsstellung:**

Elektronische Rechnungsstellung: Ja

Anforderungen:

Die Namen und beruflichen Qualifikationen des zur Auftragsausführung eingesetzten Personals sind anzugeben: Nicht erforderlich

#### **Verfahren nach der Vergabe:**

Aufträge werden elektronisch erteilt: Ja

Zahlungen werden elektronisch geleistet: Nein

Organisation, die Angebote entgegennimmt: oben genannte Kontaktstelle

#### **Informationen zur Einreichung:**

##### **Fristen I:**

Frist für den Eingang der Angebote: 01.08.2024 10:00 Uhr

Bindefrist:

Laufzeit in Tagen: 51 (ab dem Schlusstermin für den Eingang der Angebote)

##### **Sprachen der Einreichung:**

Sprachen, in denen Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können: DEU

##### **Öffnung der Angebote:**

Datum/Zeitpunkt der Angebotsöffnung: 01.08.2024 10:00 Uhr

Zusätzliche Informationen: Keine

Ort der Angebotsöffnung: Landkreis Anhalt-Bitterfeld, Am Flugplatz 1, 06366 Köthen (Anhalt)

##### **Einreichungsmethode:**

Elektronische Einreichung: Ja

Adresse für die Einreichung (URL): <https://www.evergabe.de...>

##### **Auftragsunterlagen:**

Die Auftragsunterlagen stehen für einen uneingeschränkten und vollständigen direkten Zugang gebührenfrei zur Verfügung unter (URL): <https://www.evergabe.de/u...>

Verbindliche Sprachfassung der Vergabeunterlagen: DEU

Ad-hoc-Kommunikationskanal:

Organisation, die zusätzliche Informationen bereitstellt: oben genannte Kontaktstelle

##### **Überprüfung:**

Fristen für Nachprüfungsverfahren:

Informationen über die Überprüfungsfristen: Wenn der Zuschlag bereits wirksam erteilt worden ist, kann dieser nicht mehr vor der Vergabekammer angegriffen werden (§ 168 Abs. 2 S. 1 GWB). Die Zuschlagserteilung ist möglich 10 Kalendertage nach Absendung der Bekanntgabe der Vergabeentscheidung per Fax oder per E-Mail bzw. 15 Kalendertage nach Absendung der Bekanntgabe der Vergabeentscheidung per Post (§ 134 Abs. 2 GWB).

Die Zulässigkeit eines Nachprüfungsantrags setzt ferner voraus, dass die geltend gemachten

Vergabeverstöße innerhalb von 10 Kalendertagen nach Kenntnis bzw. - soweit die Vergabeverstöße aus der Bekanntmachung oder den Vergabeunterlagen erkennbar sind - bis zum Ablauf der Teilnahme- bzw. Angebotsfrist gerügt wurden (§ 160 Abs. 3 S. 1 Nr. 1-3 GWB). Ein Nachprüfungsantrag ist ebenfalls unzulässig, soweit mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind (§ 160 Abs. 3 S. 1 Nr. 4 GWB). Des Weiteren wird auf die in § 135 Abs. 2 GWB genannten Fristen verwiesen.

**Stelle für Rechtsbehelfs-/Nachprüfungsverfahren:**

Offizielle Bezeichnung: Vergabekammern beim Landesverwaltungsamt Sachsen-Anhalt

Identifikationsnummer: keine vorhanden

Internet-Adresse (URL): <https://lvwa.sachsen-anha...>

Postanschrift: Ernst-Kamieth-Str. 2

Postleitzahl / Ort: 06112 Halle (Saale)

NUTS-3-Code: DEE02

Land: Deutschland

E-Mail: [vergabekammer@lvwa.sachsen-anhalt.de](mailto:vergabekammer@lvwa.sachsen-anhalt.de)

Telefon: +49 3455141529

Fax.: +49 3455141115

**Organisation, die Nachprüfungsinformationen bereitstellt:**

Offizielle Bezeichnung: Landesverwaltungsamt Sachsen-Anhalt, Referat 301

Identifikationsnummer: entfällt

Internet-Adresse: (URL) <https://lvwa.sachsen-anha...>

Postanschrift: Ernst-Kamieth-Straße 2

Postleitzahl / Ort: 06112 Halle (Saale)

NUTS-3-Code: DEE02

Land: Deutschland

E-Mail: [vergabekammer@lvwa.sachsen-anhalt.de](mailto:vergabekammer@lvwa.sachsen-anhalt.de)

Telefon: +49 345514-0

Fax.: +49 3455141115

**Schlichtungsstelle:**

**Beschaffungsinformationen (speziell)**

Vergabeverfahren:

Beschreibung der Beschaffung:

Beschreibung: 1 Stück Aufzugsanlage mit 2 Haltestellen (1 x Erdgeschoss, 1 x Obergeschoss),  
Geschosshöhe: 4,00 m

Umfang der Auftragsvergabe:

Diese Auftragsvergabe ist besonders auch geeignet für kleinste, kleine und mittlere Unternehmen (KMU): Nein

Art der Auftragsvergabe:

Art der strategischen Beschaffung:

Geschätzte Laufzeit:

Datum des Beginns: 01.11.2024 Enddatum der Laufzeit: 28.02.2025

Verlängerungen und Optionen:

Übereinkommen über das öffentliche Beschaffungswesen:

Die Beschaffung fällt unter das Übereinkommen über das öffentliche Beschaffungswesen: Ja

Verwendung von EU-Mitteln:

Die Auftragsvergabe wird zumindest teilweise aus Mitteln der Europäischen Union finanziert: Nein

**Zusätzliche Informationen:**

Zusätzliche Informationen: I

Der Auftragnehmer hat bei Überschreitung der unter 1. als Vertragsfrist vereinbarten Einzelfristen oder der Frist für die Vollendung als Vertragsstrafe für jeden Werktag des Verzugs zu zahlen:

0,10 Prozent der im Auftragsschreiben genannten Auftragssumme ohne Umsatzsteuer; Beträge für angebotene Instandhaltungsleistungen bleiben unberücksichtigt. Die Bezugsgröße zur Berechnung der Vertragsstrafe bei der

Überschreitung von als Vertragsfrist vereinbarten Einzelfristen ist der Teil dieser Auftragssumme, der den bis zu diesem Zeitpunkt vertraglich zu erbringenden Leistungen entspricht. Die Vertragsstrafe wird auf insgesamt 5,00 Prozent der im Auftragschreiben genannten Auftragssumme (ohne Umsatzsteuer) begrenzt. Bei der Überschreitung von als Vertragsfrist vereinbarten Einzelfristen ist die Vertragsstrafe auf den in Satz 1 genannten Prozentsatz des Teils der Auftragssumme (ohne Umsatzsteuer) begrenzt, der den bis zu diesem Zeitpunkt vertraglich zu erbringenden Leistungen entspricht.

Verwirkte Vertragsstrafen für den Verzug wegen Nichteinhaltung als Vertragsfrist vereinbarter Einzelfristen werden auf eine durch den Verzug wegen Nichteinhaltung der Frist für die Vollendung der Leistung verwirkte Vertragsstrafe angerechnet.

**Bedingungen für die Einreichung eines Angebots:**

**Zuschlagskriterien:**

Preis, Beschreibung: Preis, Gewichtung: 100,00

**Elektronischer Katalog:**

Elektronischer Katalog: Nein